

Berlin, 12. April 2022

Stellungnahme 02/2022: Klarstellung zur speziellen Situation gehörloser Geflüchteter

Mit Entsetzen müssen wir feststellen: In den vergangenen Tagen wurde unsere erste Stellungnahme¹ vom 1. April 2022 dazu eingesetzt, die unverhältnismäßige Weiterverteilung gehörloser ukrainischer Kriegsgeflüchteter aus Berlin weg zu rechtfertigen. Der Gehörlosenverband Berlin e. V. (GVB) reagierte am 7. April 2022 mit einer Stellungnahme² auf die Pressemitteilung des Senats. Dieser Stellungnahme des GVB schließen wir uns an.³

Der Grundsatz „Nicht über uns ohne uns“ der UN-Behindertenrechtskonvention wird ad absurdum geführt, indem passende Passagen aus der ersten Stellungnahme des DGB für die Agenda des Senats, des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) und der Sozialbehörden ausgewählt werden, um die Geflüchteten weiter zu verteilen, ohne ihre besonderen Umstände zu berücksichtigen.

Wir stellen hierzu zu einigen Punkten fest:

- 1) Für Gehörlose ist es schwierig, einen Arbeitsplatz zu finden. Genau das ist aber in Berlin bereits gelungen: Einige gehörlose Geflüchtete haben Angebote für Arbeitsplätze bekommen.
- 2) Ein Teil der Gruppe hat bereits ganz konkrete Wohnungsangebote in Berlin. Einige haben bereits Wohnungen in Berlin oder Potsdam gefunden.
- 3) Für Gehörlose gibt es in Deutschland nur wenige bimodal-bilinguale Schulen, die ihren sprachlichen Bedürfnissen gerecht werden – wo die Lehrer*innen also Gebärdensprache beherrschen und. In Berlin ist das der Fall und es sogar vorgesehen, Lehrer*innen aus der Ukraine einzustellen, welche russische Gebärdensprache sprechen. Inbesondere Familien mit Kindern oder Kinder dürfen nicht weiterverteilt werden.
- 4) Die Gruppe als Ganzes darf nicht gegen ihren Willen gespalten werden, da sie durch die gemeinsame Ukrainische bzw. Russische Gebärdensprache zwingend aufeinander angewiesen sind und in der selben Stadt leben müssen. Es ist nicht garantiert, dass in anderen Städten eine ähnliche Community besteht.
- 5) Chronisch Kranke oder behinderte Gehörlose benötigen medizinische Versorgung und dazu Dolmetscher*innen. Sie dürfen nicht erneut aus diesem Umfeld gerissen werden, das in den letzten fünf Wochen an ihre Bedürfnisse angepasst wurde.
- 6) Der Gehörlosenverband Berlin e.V. (GVB) und andere setzen sich unermüdlich für die Gruppe der gehörlosen Geflüchteten in Berlin ein, ist als Ansprechpartner zu verstehen und unbedingt in Entscheidungsprozesse zu involvieren. Entscheidungen wiederum, die ohne die Zusammenarbeit mit dem GVB getroffen worden, sind inakzeptabel. Der DGB steht solidarisch hinter dem Landesverband und seinen Haltungen und Handlungen.

¹ DGB-Stellungnahme 01/2022: http://gehoerlosen-bund.de/browser/4293/dgb-22-04-01_sn01-sicherstellung-ukraine.pdf

² https://deafberlin.de/wp-content/uploads/2022/04/GVB-Stellungnahme-06_04_2022.pdf

³ Vgl. hierzu auch die einschlägige Berichterstattung der taz (<https://taz.de/Ukraine-Fluechtlinge-in-Berlin!/5845083/>, 11.04.22) und zuvor im nd aktuell (<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162648.ukraine-gefluechtete-das-gebrochene-versprechen.html>, 31.03.22)

Konkret sehen wir außerdem deutlichen politischen Handlungsbedarf auf anderer Ebene: Der Staat, die Stadt Berlin muss endlich Angebote schaffen und bei Gesprächen mit den Geflüchteten die Finanzierung von Dolmetscher*innen für Deutsch und Deutsche Gebärdensprache und Kommunikationsshelfer*innen für die Ukrainische bzw. Russische Gebärdensprache sicherstellen sowie die Finanzierung von Unterstützungsstrukturen von Betroffenen herstellen. Es kann nicht sein, dass diese Arbeit auch hier Ehrenamtliche stemmen müssen. Kommunikation ist von größter Wichtigkeit und fehlende Kommunikation oder fehlerhafte Kommunikationsketten der Auslöser für weitere Traumatisierungen insbesondere gehörloser Kriegsgeflüchteter!

Die Stabsstelle des Deutschen Gehörlosen-Bundes für gehörlose ukrainische Geflüchtete steht für weitere Fragen zur Verfügung per Mail: deafrefugees@gehoerlosen-bund.de

Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Pressekontakt

Wille Felix Zante

Referent für Presse und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: w.zante@gehoerlosen-bund.de